

Schreckensjahre unter dem Hakenkreuz

1.250 Jahre Lübbecke, Teil 10

Von Christel Droste

Hlibbeki - 1250 Jahre Lübbecke! Wir feiern unsere Stadt! Doch wir sind wissen auch um unsere Verantwortung, die NS-Zeit und damit ein besonders dunkles Kapitel der Stadtgeschichte nicht zu verschweigen.

Spricht man mit Schülerinnen und Schülern der weiterführenden Schulen in Lübbecke über diese Zeit, sind die Jugendlichen oft erstaunt und betroffen, wenn sie merken: Das, was sie im Schulunterricht über die Ereignisse der NS-Zeit aus den deutschen Großstädten erfahren, hat sich in ähnlicher Form auch in Lübbecke ereignet.



Durchmarsch durch Lübbecke am 1. Mai 1933, Ecke Lange Straße und Tonstraße

Doch wie fing es im Lübbecker Land an? Die meisten parteiinternen Unterlagen wurden offenbar kurz vor oder unmittelbar nach dem Kriegsende vernichtet. Man wollte den siegreichen Alliierten möglichst wenig Material bieten, aus dem man die wahren Verstrickungen hätte erkennen können. Dennoch lassen sich viele Ereignisse rekonstruieren. So hat zum Beispiel die NS-Propagandaschrift „*Vom Kampf und Sieg des Nationalsozialismus im Kreise Lübbecke*“ die Zeit überdauert. Das Heft, verfasst von Albert Hellweg, erschien bereits Weihnachten 1933 und führt bis 1926 zurück. Das Jahr spielte im Lübbecker Land eine besondere Rolle, weil in Tengern die erste Ortsgruppe der NSDAP gegründet worden war. In der Kreisstadt Lübbecke selbst sah man zwar schon früh erste Anzeichen der NSDAP in der Tagespresse, aber ein wirklicher Durchbruch gelang den Nationalsozialisten hier zunächst nicht.

Die Reparationsforderungen nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg waren damals noch derart hoch, dass die deutsche Wirtschaft nicht recht in Gang kam. Unter anderem aus Sorge um die eigene gesicherte Zukunft ließen sich immer mehr Menschen auf die vermeintliche „*Freiheitsbewegung Adolf Hitlers*“ ein und vom „*Wollen des Führers*“ vereinnahmen. Hellweg erinnerte: „*Endlich, im Mai 1930 bekommen die Tengeraner Parteigenossen auch im Kreise Lübbecke Kampfgefährten. Der Bezirksleiter, Pg. [Parteigenosse] Homann, konnte in Hüllhorst mit 10 Mann eine Ortsgruppe gründen und dann wurde*

auch in der Kreisstadt selbst der Grundstein gelegt. Acht Volksgenossen treten in Adolf Hitlers Reihen ein, acht Mann, für Lübbecke immerhin ein leidlicher Anfang, das läßt sich schon hören. Aber: Von den acht neuen Kämpfern sind fünf in Fiestel zu Hause, nur der ‚starke Rest‘ entfällt auf die Kreisstadt und davon sind auch noch zwei ‚Fremde‘, in Lübbecke nur Berufstätige. Und so bleibt im letzten Sinne für die Kreisstadt nur ein Mitkämpfer übrig, der Pg. Watermann. Jetzt wird es auch hier endlich lebendig; eifrig wird von den neuen Parteigenossen für die neue Weltanschauung geworben. Und recht bald sollte sich dazu ein dankbares Betätigungsfeld finden.“



Die „Stabswalter der Kreisleitung“, in der Mitte Bürgermeister und Kreisleiter Ernst Meiring. Aus: Albert Hellweg, „Vom Kampf und Sieg des Nationalsozialismus im Kreise Lübbecke“, Neg. R 10, Seite 2

Das bewahrheitete sich, denn zum Beispiel Ernst Meiring, seines Zeichens zunächst Kassengehilfe bei der Kreissparkasse, trat am 1. August 1931 der NSDAP bei. Meiring selbst erklärte später stolz, er sei ein sogenannter „Alter Kämpfer“, also schon vor der „Machtergreifung“ im Januar 1933 Parteimitglied gewesen.

Ihm war besonders an der Propaganda gelegen. Schnell wurde er zum Adjutanten von Fritz Watermann, der 1932 kurz Kreisleiter der NSDAP im Kreis Lübbecke war. Noch im selben Jahr wurde Meiring selbst zum Kreisleiter ernannt. Mehrfach lud er namhafte Parteigrößen für eine Propagandaveranstaltung in Lübbecke ein. Doch sein

Vorhaben, Hitler oder zumindest Goebbels dafür zu begeistern, scheiterte, obwohl Hitler Ende Juli 1932 per Flugzeug zu einer Wahl-Kundgebung ins benachbarte Osnabrück und Goebbels Anfang Oktober des Jahres nach Minden kam.

Immerhin fand in Lübbecke und Preußisch Oldendorf am 16. Juli 1932 der „*Deutsche Tag im Kreise Lübbecke*“ statt. Angekündigt waren SA, SS und ein Reitersturm mit 10 Pferden. Sie trafen sich in Nettelstedt und marschierten unter klingendem Spiel bei strömendem Regen durch Eilhausen und Gehlenbeck nach Lübbecke. Der Zulauf war, folgt man einem Bericht der Tagespresse, groß. Mittags hielt General Karl Litzmann auf dem Lübbecker Marktplatz eine flammende Rede über die Parteiziele. Nachmittags zog der Tross über Blasheim weiter zur Hindenburghalle in Preußisch Oldendorf. Dort sprach der Oberpräsident von Brandenburg-Berlin, Wilhelm Kube.

Nachdem Meiring und Konsorten 1933 veranlasst hatten, dass der bisherige Lübbecker Bürgermeister Gerhard Reineke aus dem Amt gedrängt wurde, ging die Gleichschaltung der Gesellschaft rasend schnell voran: Schon in der Stadtratssitzung am 15. April 1933 wurde Ernst Meiring zum kommissarischen Bürgermeister. Das Gremium entschied zu-

dem, nicht nur Litzmann und Kube, sondern auch den Reichspräsidenten Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und Reichskanzler Adolf Hitler zu Ehrenbürgern zu ernennen. Einige Jahre später, am 11. Juni 1939 und damit am Tage der Einweihung der „Gauschulungsborg“, erhielt auch der Gauleiter des Gaus Westfalen-Nord, Dr. Alfred Meyer, das Lübbecke Ehrenbürgerrecht. Das erlischt zwar mit dem Tode, doch die Ehrungen der Genannten wurden am 8. November 1990 durch Ratsbeschluss auch formal aufgehoben.

In der Ratssitzung am 15. April 1933 wurde außerdem beschlossen, „Ehrentiteln“ zu vergeben. So wurde der Niederwall in Hindenburgwall, die Weingartenstraße in Adolf-Hitler-Straße und der „Platz zwischen der Aufgangsstraße zum Schützenhause und der Straße, genannt „Am Weingarten““ in Horst-Wessel-Platz umbenannt. In den Folgejahren wurden weitere Straßennamen im Sinne der NS-Ideologie geändert.

Ab 1933 ging es Schlag auf Schlag. Hatte es 1931 im Kreise Lübbecke zum Beispiel nur 18 SA-Männer gegeben, waren es Anfang Januar 1933 immerhin 216, Anfang Juni 1933 sogar schon 1.300 SA-Männer. Betriebe, Vereine und Organisationen wurden gleichgeschaltet, also auf die NS-Ideologie eingeschworen. Die Namen von Vereinsmitgliedern und deren Stellung zum NS-Regime waren genau zu melden. Menschen jüdischen Glaubens wurden aus den Vereinen ausgeschlossen und das „Führerprinzip“ umgesetzt. Dazu gehörte, dass künftig allein der „Vereinsführer“ alle relevanten Entscheidungen traf.

Ähnlich erging es den politischen Gremien: Der Bürgermeister entschied, nachdem er vorher die gewählten Volksvertreter „angehört“ hatte. Eine wirkliche Mitbestimmung und Demokratie gab es längst nicht mehr. Nachdem am 23. März 1933 das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“, das Ermächtigungsgesetz, vom Parlament beschlossen worden war, konnte die Regierung ohne Zustimmung von Reichstag und Reichsrat Gesetze erlassen. Der Reichspräsident musste sie nicht mehr gegenzeichnen. Durch das Gesetz hatten das Parlament und die Parteien ihre Funktion als politische Entscheidungsträger verloren.

Schnell folgte die Ausschaltung anderer Parteien und der Gewerkschaften, indem sie kurzerhand verboten wurden. Dadurch setzte die NSDAP ihr Ziel des „Einparteienstaates“ um. In Lübbecke bekam besonders Karl Haddewig die Folgen zu spüren. Haddewig, langjähriges SPD-Mitglied und Kriegsteilnehmer des Ersten Weltkrieges, arbeitete bei der Kammgarnspinnerei Lübbecke. Durch seine im Krieg erworbenen Russischkenntnisse



Gottesdienst und Versammlung auf dem Marktplatz mit Bürgermeister und Kreisleiter Meiring, am „Tag der nationalen Arbeit“, 1. Mai 1933

nahm er sich gemeinsam mit seiner Frau Anna ausländischer Zwangsarbeiter an, die der Spinnerei als Arbeitskräfte zugewiesen worden waren. Dafür und auch unter dem Vorwurf, KPD-Mitglied zu sein, wurde Haddewig in so genannte „Schutzhaft“ genommen. Er wurde schließlich im Arbeitserziehungslager Lahde inhaftiert und kam 1944 dort um.

Auch in den hiesigen Schulen wurde der Unterricht an die NS-Ideologie angepasst, es gab Propagandaveranstaltungen, Fahnenappelle und eine enge Verbindung zur HJ und dem BDM, die großen Zulauf erhielten. Die NS-Volkswohlfahrt (NSV) erhob den Anspruch, einzige Geberin von „Wohltätigkeiten“ zu sein. Regelmäßige Haus- und Straßensammlungen der NSV für das Winterhilfswerk oder die „Eintopfsonntage“ erweckten den Eindruck, es gebe eine identitätsstiftende Solidarität innerhalb der Bevölkerung.

Wer bereits gespendet hatte, konnte sich entsprechende Anstecknadeln anheften und damit für alle sichtbar seine Unterstützung der neuen Ideologie kundtun. Zudem sollten auch Slogans wie „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ oder „Der Einzelne ist nichts, das Volk ist alles“ der Bevölkerung suggerieren, sie sei eine homogene Masse. Das erreichte die NSDAP auch in Lübbecke durch Massenveranstaltungen an Gedenk- oder Feiertagen, so zum Beispiel am 1. Mai 1933, der zu einem „Tag der nationalen Arbeit“ hochstilisiert wurde. Aber auch die Teilnahme unzähliger Menschen am „Erntedankfest“ auf dem Bückeberg bei Hameln sowie gemeinsame Fahrten zu den Reichsparteitagen in Nürnberg verfehlten ihre Wirkung nicht.



Fahnenappell der „Arbeitsmädchen“ Nettelstedt, um 1940. Stadtarchiv Lübbecke / Sammlung M. Mohlmann

Einen vermeintlich sozialen Anstrich vermittelten auch Gesundheitsprogramme wie die Betreuung von Müttern und ihren Kleinkindern, die Einrichtung von „Erntekindergärten“ unter anderem in Nettelstedt, Eilhausen und Gehlenbeck oder angebliche Sozialfürsorge – die propagandistisch heraufbeschworene und rassistisch definierte „Volksgemeinschaft“ stand immer im Mittelpunkt. So manche Frau mag es auch als Wertschätzung empfunden haben, nach der Geburt mehrerer Kinder mit dem Mutterkreuz ausgezeichnet und in der Zeitung lobend erwähnt zu werden.

Zudem blendeten viele Männer

und Frauen aus, dass zuvor nach der Rassenhygiene geprüft worden war, ob sie als Paar überhaupt „arische“ Kinder bekommen könnten und dürften. Vermeintlich „unwertes“ Leben wurde während der NS-Zeit schließlich immer stärker aus der Volksgemeinschaft ausgeschlossen und „erbkrankter“ Nachwuchs entweder zur Zwangssterilisation verpflichtet oder gar ermordet.

Kirchliche Gruppen wie im Konfirmandenunterricht, Frauenhilfen oder Chöre mussten damit rechnen, von der Gestapo überwacht zu werden. Mehrere Pfarrer im Kreis Lübbecke versuchten jedoch, sich dem NS-Einfluss zu entziehen. Sie zählten sich nicht zu den NS-treuen Deutschen Christen, sondern zur Bekennenden Kirche und wagten Widerstand im Kleinen. Zu ihnen gehörten die Pfarrer Hartmann (Gehlenbeck), Voß und Friedrich (Alswede), Güse (Lübbecke) und Blankenstein (Blasheim). Güse erwartete offenbar zunächst Gutes von der NSDAP und unterstützte sie zum Beispiel durch seine aktive Mitwirkung an der Kundgebung am 1. Mai 1933. Doch dann erteilte er dem „tausendjährigen Reich“ und dem bedingungslosen Gehorsam des Einzelnen an den „Führer“ eine klare Absage. So schrieb er einer Konfirmandin ins Poesiealbum: „Weil die Zeit ein Abgrund ist, gedenk, dass Du des Heilands bist und Gott der Grund ist, der ewig steht, ob Himmel und Erde und alles vergeht.“ Kein Wunder, dass Haussuchungen der Gestapo nicht ausblieben. Ähnlich erging es Blankenstein und seiner Frau, widersetzten sich doch in Blasheim auch die Frauenhilfe und der Chor lange der Gleichschaltung.

Weitere Glaubensgemeinschaften misfielen der NSDAP. Das bekam auch die gebürtige Lübbeckerin Emmy Zehden zu spüren. Als Anhängerin der „Vereinigung Internationaler Bibelforscher“ (Zeugen Jehovas) und schützte sie mit ihrem Mann Richard drei junge Männer, die sich aus religiösen Gründen dem Kriegsdienst entzogen hatten. Für diese „Wehrkraftzersetzung“ wurde Emmy Zehden im Juni 1944 im Strafgefängnis Plötzensee hingerichtet. An sie, Karl Haddewig und Max Lazarus erinnern heute Lübbecke Straßenamen.

Max Lazarus, der bislang letzte jüdische Lehrer und Kantor in Lübbecke, war als Mitbürger hoch angesehen und galt als versierter Pädagoge und Musiker. Schon 1930 hatte er bei einer Parteiveranstaltung versucht, seine Stimme gegen die Verleumdungen zu erheben, die dort vor allem gegen Juden und die katholische Kirche verbreitet wurden. Doch die Partei ließ ihn des Saales verweisen und auch im Nachgang blieb seine Beschwerde gegen dieses Verhalten erfolglos.

Es sollte ein Vorzeichen dessen sein, was die Mitglieder der jüdischen Gemeinde danach zu erwarten hatten: Bereits 1933 begannen Boykottmaßnahmen gegen jüdische Geschäfte. Jeder, der es dennoch wagte, dort einzukaufen, musste damit rechnen, fotografiert und in einem „Stürmerkasten“, in dem die Propagandazeitung „Der Stürmer“ ausgehängt war, als vermeintlicher Volksverräter diffamiert zu werden. Am Bahnhof und in der Nähe der Ortseingangsschilder waren große Tafeln aufgestellt worden, auf denen die Beschriftung prangte, Juden sei-



Boykott des Kaufhauses Weka, Lange Straße, 1933

en in Lübbecke nicht erwünscht. Hatte man zuvor über Generationen friedlich konfessionsübergreifend miteinander in Lübbecke gelebt, prägten nun Angst und Ausgrenzung den Alltag.

Die Synagoge wurde in der Pogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 mutwillig in Brand gesteckt. Wohn- und Geschäftshäuser jüdischer Bürger wurden geplündert, sofern sie nicht zuvor schon im Zuge der so genannten „Arisierung“ quasi enteignet worden waren. Offener Widerstand dagegen regte sich in Lübbecke nicht. Etliche jüdische Familien versuchten spätestens jetzt, dauerhaft in größeren Städten unterzutauchen oder ins Ausland zu emigrieren. Wem das nicht gelang, wurde deportiert und kam in ein Arbeits- oder Konzentrationslager. Viele Mitglieder der jüdischen Gemeinde Lübbecke starben dort entweder an den unmenschlichen Lebensbedingungen oder weil sie kaltblütig ermordet wurden.



Einweihung der Gau-Schulungsborg 1939 mit NS-Reichsschulungsleiter Schmidt am Rednerpult.

Ausgewählte NSDAP-Mitglieder hingegen erhielten in so genannten „Gau-Schulungsborgen“ ideologischen Drill. In Lübbecke entstand die Führerschule „Fritz Homann“ für den gesamten Gau Westfalen-Nord. Ernst Meiring, Kreisleiter der NSDAP und zeitweise auch Lübbecker Bürgermeister, nötigte Privatpersonen und Firmen zu Spenden und zum Arbeitseinsatz beim Bau. Ähnlich war er bereits Mitte der 1930er-Jahre bei der Erweiterung des Rathauses verfahren. Nachdem im Frühjahr 1938 die letzten Arbeiten an der „Schulungsborg“ abgeschlossen waren, fanden dort erste Veranstaltungen statt. Der großzügige

Paradeplatz vor dem Gebäude bot zudem die Möglichkeit, Zelte aufzuschlagen, denn auch die HJ hatte Räume der „Schulungsborg“ erhalten. Die Einweihung der Anlage fand 1939 im Rahmen des Kreistreffens der NSDAP statt. In der Folgezeit konnten Verlobte, die aus den christlichen Kirchen ausgetreten waren, dort in parteikonformer Weise den Bund des Lebens schließen. Während des Krieges schließlich wurde das Gebäude nicht nur für Schulungen, sondern auch als Lazarett genutzt.

In den Kriegsjahren bestimmten Lebensmittelkarten, Feldpostpäckchen für die Soldaten, Todesnachrichten und Vermisstenmeldungen von der Front, aber auch Verdunklung und Fliegeralarm den Alltag der einheimischen Bevölkerung. Zeitzeugen berichteten von Leuchtmarkierungen alliierter Flugzeuge unter anderem über Hannover und Osnabrück. Der Lichtschein dieser „Christbäume“ habe bis Lübbecke gereicht. Die Stadt selbst rückte kaum in den Fokus von Kämpfen. Nur vereinzelt trafen – besonders kurz vor dem Kriegsende – Bomben das Lübbecker Gebiet, machten Tiefflieger Jagd auf Züge oder stürzten

Flugzeuge ab. Im Vergleich zu den Angriffswellen, die auf die deutschen Großstädte geflogen wurden, gab es in Lübbecke deutlich geringere Kriegsschäden. Aber auch hier forderte der Krieg mehrere zivile Opfer. Ohne Einsicht in die Realität hielt der Stadtchronist selbst wenige Tage vor dem Einmarsch der Alliierten noch fest, die Umgekommenen seien den „Heldentod“ gestorben.

Zum Kriegsende selbst heißt es in der Stadtchronik: „Am 3. April [1945] – im Laufe des Tages – rückten die ersten englischen Panzer, von Pr. Oldendorf kommend, im Westen der Stadt ein und machten zunächst an der Osnabrücker Straße halt. Ab 4. April untersteht die Stadt der englischen Militärbehörde. Beigeordneter Gerlach wird zum vorläufigen Bürgermeister bestellt. Ihm stehen die Ratsherren Vogel, Wind und Röwekamp zur Seite. Waffen, Munition und Kriegsgerät sind bis 5. April 1945 17 Uhr auf dem Rathaus abzuliefern. Den Einwohnern ist das Verlassen der Häuser von 18 bis 7 Uhr verboten.“

Nach dem Kriegsende spielte Lübbecke plötzlich eine ganz besondere Rolle: Die Briten richteten hier den Hauptverwaltungssitz für ihre gesamte Besatzungszone ein. Darum und um andere internationale Verbindungen geht es in der nächsten Folge der Serie.



Die Stadt Lübbecke
untersteht ab heute der englischen Militärbehörde.

Die Militärbehörde erläßt folgende Befehle:

- 1. Am 5. April bis 17 Uhr sind auf dem Rathause abzuliefern:**
Waffen und Munition
jeglicher Art
Kriegsgerät
außer den in Rüstungsbetrieben vorhandenen Vorräten
Feldstecher
Foto-Apparate
- 2. Die Verdunkelung ist von 18⁰⁰ bis 7⁰⁰ Uhr in bisheriger Form durchzuführen.**
- 3. Den Einwohnern ist das Verlassen der Häuser von 18⁰⁰ bis 7⁰⁰ Uhr verboten.**

Nichtbefolgung vorstehender Befehle hat strengste Bestrafung zur Folge.

Lübbecke, den 4. April 1945

Ed. Gerlach. Bürgermeister

Bekanntmachung vom 4. April 1945 über die Unterstellung Lübbeckes unter die englische Militärbehörde

Autorin: Christel Droste

Bildnachweise und Copyright, soweit nicht anders angegeben: Stadtarchiv Lübbecke